

Die Gesellschaft der Bundesrepublik befindet sich in einer Phase des Umbruches. Die andauernden Belastungen durch die Wiedervereinigung, das Zusammenwachsen Europas, die Überalterung der Bevölkerung, Politikverdrossenheit, Modernisierungsdruck und Sparzwänge sind nur einige der Probleme, die Staat und Gesellschaft vor große Herausforderungen stellen. Hinzu kommen die rasante Entwicklung neuer Technologien weltweit und die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft. Dies alles macht Reformen der häufig verkrusteten Strukturen und eingefahrenen Entscheidungswege notwendig. Doch wie sollen diese aussehen?

Zur Diskussion steht das Konzept einer aktiven Bürgergesellschaft, in der die einzelnen Bürger wieder mehr Verantwortung für sich selbst und für das Gemeinwesen übernehmen und die staatlichen und politischen Strukturen nach den Prinzipien der Dezentralisierung, der Subsidiarität und der Nachhaltigkeit überprüft und reformiert werden sollen.

Die Mehrheit der Bevölkerung glaubt, dass Reformen und damit mehr Effizienz zwar unausweichlich notwendig sind, dies aber ebenso unausweichlich zu einer kälteren, unmenschlicheren Gesellschaft führt. Aus dieser Sicht ist es logisch, Reformen wenigstens so lange wie möglich zu verzögern oder abzumildern, um das Schlimmste zu vermeiden. Aufgabe verantwortungsvoller Politik ist es also, ein umfassenderes gesellschaftspolitisches Konzept und Projekt für das Ge-

meinwesen zu entwickeln, das alle gleichermaßen in die Pflicht nimmt. Dies darf nicht auf einem idealistischen Bild vom Menschen und auf moralischen Appellen aufbauen. Es wird nur Bestand haben und mobilisierend wirken, wenn es im gegenseitigen Nutzen liegt. Dennoch brauchen Politik und Parteien heute und morgen ein normatives Fundament, brauchen Wertorientierung und damit auch eine wertorientierte Zukunftsperspektive, so wie auch dem einzelnen Menschen auf Dauer ohne Wertorientierung und ohne Sinn für sein Leben ein gelungenes Dasein nicht möglich ist. Pragmatismus hilft in der konkreten Einzelsituation, ist aber kein Kompass für die Gestaltung des Lebens in einer Gesellschaft und des Staates. Die überall spürbare zunehmende Suche nach Sinn und Lebensorientierung ist ein Beleg dafür.

Entwicklungen in der modernen Forschung, insbesondere in der Gentechnik und Biotechnologie, oder auch gesellschaftliche Konflikte, wie etwa die wachsende Gewaltbereitschaft, werfen immer dringlicher die Frage nach dem der Politik zu Grunde liegenden Menschenbild auf. Aus der christlich-abendländischen Wertetradition mit den vielfältigen Einflüssen, so etwa aus dem Humanismus und der Aufklärung, hat sich ein Menschenbild entwickelt, das in den vergangenen Jahrzehnten zum Maßstab für politische Entscheidungen wurde. Es ist über persönliche Glaubensentscheidungen und die Zugehörigkeit zu christlichen

Konfessionen hinaus ein gemeinsames europäisches Erbe der Werteentwicklung und eine unverzichtbare Orientierung für die Gestaltung des Zusammenlebens und der Zukunft, gerade in dieser gegenwärtigen Phase der Unsicherheit und des Umbruchs. Auch früher allgemein gültige Wertvorstellungen werden heute durchaus noch von vielen als Maßstab akzeptiert. Gleichzeitig aber stellt die moderne Arbeitswelt, nicht zuletzt auf Grund der Informations- und Kommunikationstechnologie, ganz neue Anforderungen an jeden Einzelnen und die Gesellschaft. Wachsender Individualismus und der Anspruch auf Selbstentfaltung haben das Wertegefüge verändert. Politik hat sich also heute mit einer Fülle unterschiedlicher gesellschaftlicher Positionen auseinander zu setzen. Dazu gehört auch das Problem der wachsenden Anonymität in der modernen Gesellschaft. Sie fördert den Trend zu kollektiver Unverantwortlichkeit, führt zu Vereinzelung und Vereinsamung sowie zu wachsender Kriminalität. Wechselwirkungen von eigenem Verhalten und daraus erwachsenden Folgen sind nicht mehr erkennbar. Die orientierende und stabilisierende Wirkung überschaubarer Lebenseinheiten entfällt in den anonymen Strukturen.

Entfaltung durch Kreativität und Innovationskraft

Was sind zeitgemäße und realistische Gegenstrategien? Das Konzept der aktiven Bürgergesellschaft ist ganz wesentlich darauf ausgerichtet, durch die Förderung entsprechender Einstellungen und die Neugestaltung von Strukturen die Kreativität und die Innovationskraft dieser Gesellschaft zur Entfaltung zu bringen, damit sie weiterhin mit der Weltspitze konkurrieren kann. Gleichzeitig muss eine zukunftsorientierte Politik die innere Stabilität des Landes fördern. Das kann geschehen durch eine eindeutige Wertorientierung, die auch den Bedin-

gungen einer offenen, pluralistischen Gesellschaft gerecht wird. Das Konzept der aktiven Bürgergesellschaft geht von einer eindeutigen Wertorientierung aus, die ihre Wurzeln in der christlich-abendländischen Wertetradition hat. Und weil unter den Bedingungen der modernen Gesellschaft die Tendenz zur Auflösung herkömmlicher sozialer Strukturen immer vorhanden ist, muss das Gemeinschaftsleben notwendigerweise bewusst unterstützt und gefördert werden, ebenso wie auch die Traditionen sowie die Kenntnisse um historische Zusammenhänge und das eigene Herkommen als weitere stabilisierende Elemente.

Es ist unverzichtbar, Traditionen zu pflegen und gleichzeitig bereit zu sein, diese dann zur Diskussion zu stellen, wenn sie zur Erstarrung führen und sinnvollen organischen Weiterentwicklungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens im Wege stehen. Es bedarf einer Neuinterpretation traditioneller Verhaltensweisen nach den Prinzipien einer offenen Gesellschaft. Die bewusste Förderung stabilisierender Faktoren, also von Werten, Gemeinschaft und konservativem Denken, muss eine zukunftsorientierte Politik ebenso integrieren wie die gezielte Modernisierung und die Stärkung der Innovationskraft. Eine ganzheitliche Politik ergibt sich erst dann, wenn beides zusammenwirkt.

Wer die Menschen dazu ermutigen will, Verantwortung zu übernehmen, muss vermitteln, dass es gerade die Übernahme von Verantwortung ist, die dem Leben Sinn gibt, auch wenn es zunächst bequemer erscheint, sich verantwortlichem Handeln zu verweigern. Wenn niemand mehr Verantwortung übernimmt, dann wird nicht nur die gesellschaftliche Lebenssituation immer inhumaner, sondern in ganz grundlegender Weise auch die eigene. Denn zunächst einmal gilt es Verantwortung zu übernehmen für sich selbst. Daraus darf aber nicht der Schluss

gezogen werden, dass der Vorrang der Eigenverantwortung im Widerspruch zur gegenseitigen Solidarität stehe. Eine aktive Bürgergesellschaft ist letztlich nur mit solchen Menschen zu gestalten, die aus einem gesunden Selbstwertgefühl heraus auch den Anderen annehmen und sich auf dieser Grundlage engagieren können. Denn der Mensch ist ein soziales Wesen – ein *zoon politikon*, wie die bekannte von Aristoteles stammende Definition lautet –, das elementar darauf angewiesen ist, dass sich andere Menschen ihm zuwenden. Lebenslang ist die Lebensqualität davon entscheidend beeinflusst. Einzelwohl und Gemeinwohl bedingen einander. Es gilt daher auch Verantwortung zu übernehmen für den Mitmenschen und das Gemeinwesen. Sich anderen Menschen zuzuwenden, sich zu engagieren, ist freilich nicht nur eine Frage des guten Willens. Dazu ist die Einübung sozialen Verhaltens, von Teamfähigkeit und Gemeinschaftsfähigkeit unerlässlich. Das muss im frühen Kindesalter einsetzen, in der Familie, und sich über Schule, Jugend- und Erwachsenenbildung fortsetzen.

Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen

Für unsere gegenwärtige Gesellschaft ist das kurzfristige Denken typisch. Da aber unser Handeln langfristige Wirkungen hat, ist Teil der aktiven Bürgergesellschaft ein generationenübergreifender Gesellschaftsvertrag, in dem die Errungenschaften der Vorfahren als wertvolles Erbe mit den Interessen der heutigen und der nachfolgenden Generationen zusammengefügt werden. Längerfristiges Denken und weitsichtige Verantwortung wissen sich der Vergangenheit und ihrem Erbe verpflichtet und erkennen die daraus erwachsende Verpflichtung für die Zukunft.

Das Prinzip Nachhaltigkeit muss Handlungsleitlinie in allen Lebensbereichen

werden. Das bedeutet

- die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, sie nicht zu verbrauchen,
- die Verschuldung zu reduzieren und sie schließlich zu beenden,
- sich ausreichend in Forschung, Entwicklung und Zukunftsinvestitionen zu engagieren,
- für Solidarität der Generationen im Sozialsystem zu sorgen.

Woher aber soll die Kraft für eine solche Selbstbeschränkung kommen? Hier ist – christlich gesprochen – eine moderne Askese notwendig, eine Selbstbeschränkung, weil es um Chancen und Rechte der Nachkommen geht. Eine Mobilisierung der Kräfte für diese große Zielsetzung des Prinzips Nachhaltigkeit wird nur gelingen, wenn dafür neben der rein rationalen Argumentation ethische und emotionale Gründe, wie die in der Regel im Menschen verankerte Fürsorge für Kinder und Enkel oder die Liebe zur Natur, vermittelt werden.

Je weniger die Bürger von gemeinsamen Werten geprägt und in ihrem Handeln gesteuert werden, umso wichtiger wird die Gestaltung der Rahmenbedingungen. Je stärker das Leben von Wettbewerb und Veränderung geprägt ist, umso häufiger werden diese Konflikte auftreten. Deshalb kommt in der heutigen Zeit der Gestaltung der Rahmenbedingungen, der Strukturen, besondere Bedeutung zu. Welche Strukturen entsprechen nun einem zukunftsfähigen Konzept, und welche können unter heutigen Bedingungen geschaffen werden?

Vorrangiges Strukturprinzip

Die Antworten müssen im konkreten Fall sicher differenziert sein, trotzdem gibt es eine generell richtige Grundentscheidung: Vorfahrt für die kleinere Einheit im Sinne des Subsidiaritätsprinzips. Bei vielen Aufgaben müssen die kleineren Einheiten verbunden agieren, in einem Netzwerk, mit dem sowohl die lokale Diffe-

renzung als auch die größere Einheit erreicht werden können. Das Subsidiaritätsprinzip wurde viele Jahrzehnte nur im katholischen und deutschen Raum beachtet. Mit dem von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union 1992 geschlossenen Vertrag von Maastricht fand dieses Prinzip allgemeine Anerkennung und gewinnt nun auch in der politischen Diskussion zunehmend an Bedeutung. Subsidiarität schützt die kleineren spontanen, familiären, lokalen, regionalen und nationalen Gemeinschaften vor der Übermacht der großen Einheiten. Die kleinen Einheiten sind das soziale und staatsbürgerliche Lernfeld. In ihnen erleben die Menschen die Folgen ihres Verhaltens und Tuns, dort wächst auch Verantwortungsbereitschaft. Sie wirken der Gefahr der Entwurzelung und der Tendenz zur Anonymisierung in der modernen Gesellschaft entgegen und sind damit auch ein wirksames Mittel gegen Radikalisierung. Subsidiarität ist das „Kompetenz- und Zuständigkeitsprinzip“ einer freiheitlichen Gesellschaft. Das Subsidiaritätsprinzip ist die Alternative zu Zentralismus, Anonymität, mangelnder Transparenz und allen damit verbundenen negativen Entwicklungen. Es zielt auf eine möglichst problem- und menschen-nahe Zuordnung von Aufgaben, Verantwortung und Entscheidungsebene. Der Vorrang der kleinen Einheit ist das zukunftsweisende Strukturprinzip der modernen Gesellschaft und des modernen Staates.

Im politischen Bereich bedeutet das: Für die Revitalisierung dieses Landes ist eine umfassende Föderalismusreform unabdingbar. Das Ziel ist eine Neuordnung der Aufgabenverteilung zwischen dem Bund, den Ländern und den Kommunen. Nur so können die fast undurchschaubaren Mischverantwortungen zwi-

schen Bund und Ländern aufgelöst werden. Es ist zu hoffen, dass der derzeit unter dem Vorsitz des SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzenden und des bayerischen Ministerpräsidenten tagenden Kommission zur Föderalismusreform Erfolg beschieden ist.

Doch auch die übernationale europäische Ebene ist hier betroffen. Die Europäische Union steht, zumal angesichts des Beitrittes von zehn neuen Staaten zum 1. Mai 2004, am Scheideweg: Entweder ihr gelingen wesentliche innere Reformen, oder der europäische Einigungsprozess endet aufgrund von Kompetenzstreitereien und undurchschaubarer Regelungsdichte in Selbstlähmung und wachsender Ablehnung durch die Bürger.

Die Frage ist daher, wie der künftige Weg gestaltet wird.

„Think global – act local“

Der Slogan „Global denken – lokal handeln“ ist eine Kurzformel für die Wechselbeziehungen von Subsidiarität und Globalisierung. Die ordnende Hand des Staates muss auch in der aktiven Bürgergesellschaft die Rahmenbedingungen für die Gestaltung des Zusammenlebens bestimmen. Ein zentrales Aufgabenfeld bleibt dabei die Familie. Darüber hinaus gestalten nicht nur freiwillig engagierte Bürger die Welt menschlich, sondern auch die Wirtschaft ist zur Mitgestaltung der aktiven Bürgergesellschaft aufgerufen. Bürger, Politiker und Unternehmer finden darin zu einer neuen Partnerschaft. Die gegenwärtig sich ereignende „digitale Revolution“ steuert dazu ganz neue Impulse bei, indem sie dem Bürger mit dem Internet ein machtvoll Instrument verschafft, um sich nicht nur regional, sondern auch global zu informieren und zu artikulieren.